

Beschluss des Landrates vom 14.06.2018

Nr. 2112

10. Zukunft Gymnasium Muttenz

2018/499; Protokoll: ps

Roman Brunner (SP) hätte sich gewünscht, die Interpellation gleichzeitig mit dem Bericht der Arbeitsgruppe zu behandeln. Der Bericht war ursprünglich für diesen Sommer geplant, wurde jedoch auf Ende Jahr verschoben. Der Redner hofft, dass dieser öffentlich zugänglich gemacht wird, damit eine breitere Diskussion über die Zukunft des Gymnasiums Muttenz geführt werden kann. Das Ziel der Zentralisierung der FMS soll keine Senkung der FMS-Quote sein, indem die Schulwege unattraktiv werden, sondern es soll ein pädagogischer Mehrwert geschaffen werden.

Jan Kirchmayr (SP) fand es frustrierend, dass bei der Diskussion zum Geschäft Polyfeld Muttenz zum Standort des Gymnasiums Muttenz nichts gesagt worden sei, auch nicht, dass dies zur Diskussion stehe. Gleichzeitig ist von Schülern und Lehrpersonen zu vernehmen, dass der Standort in Frage gestellt wird. Dem Redner ist es wichtig, dass die pädagogische und nicht die finanzielle Komponente im Vordergrund steht. Die Schulwege müssen bedacht werden.

Florence Brenzikofer (Grüne) fragt, weshalb das Fricktal nicht in der Arbeitsgruppe vertreten sei, obwohl es hiess, es würde über die laufenden Verhandlungen informiert.

Klaus Kirchmayr (Grüne) fragt, ob mit dem Kanton Aargau Diskussionen geführt würden, ob dieser allenfalls einen Gymnasialstandort im Fricktal plane. Gibt es ein entsprechendes Bekenntnis?

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) hält zum Votum von Jan Kirchmayr fest, dass die anstehenden Sanierungen der Schulen im Polyfeld der Auslöser für die Information im Landrat zu den Bauabläufen und zu Überlegungen zum Raumprogramm waren.

Die Arbeitsgruppe ist rein fachlich zusammengesetzt und soll pädagogische Überlegungen anstellen. Die Zusammensetzung und dass kein Vertreter des Kantons Aargau dabei ist, wurde bewusst o beschlossen. Die ganze Region muss denken. Das Ziel ist, dass sämtliche Gymnasiasten der Region einen Platz haben.

Die Arbeitsgruppe bat um Verlängerung der Frist, weil sie noch nicht fertig ist. Die Rednerin wird den Bericht zuerst sehen und allfällige Vertiefungsaufträge erteilen. Danach erfolgt eine Information an den Regierungsrat; dieser wird einen Richtungsentscheid fällen. Erst danach ist es Zeit, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu veröffentlichen.

Andreas Bammatter (SP) verweist auf das Sonderabkommen von Allschwil mit der Stadt Basel. Wie sieht dies aus, kann die Gemeinde weiterhin Gymnasiasten nach Basel schicken?

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, dass diese Frage geklärt werden müsse. Die Entwicklung der Schülerzahlen ist massgebend dafür, ob Basel-Stadt weiter Schülerinnen und Schüler aufnehmen kann. Das ist ein Auftrag an die Arbeitsgruppe. Auch die Schülerinnen und Schüler aus Solothurn und Aargau müssen berücksichtigt werden.

://: Die Interpellation ist erledigt.
